

Zuflucht und Solidarität in Städten im globalen Vergleich

Harald Bauder im Gespräch mit Andreas Pott

Harald Bauder ist Professor für Geographie an der Toronto Metropolitan University in Kanada.

Andreas Pott: Städte spielen im globalen Fluchtgeschehen und beim Flüchtlingsschutz eine besondere Rolle. Städte sind seit jeher durch Migration und Flucht geprägt. Sie sind nicht nur Orte der Aufnahme und Zuflucht, sondern auch Orte, in denen Solidarität mit Geflüchteten konkret praktiziert und ausgehandelt wird. Nicht selten positionieren sich städtische Akteure der Politik, Verwaltung oder Zivilgesellschaft dabei dezidiert gegen Abschiebungen und die Restriktionen nationalstaatlicher Flucht- und Asylpolitik. In der alltäglichen Gemengelage unterschiedlicher Interessen und Herausforderungen haben sich in den vergangenen Jahren weltweit immer mehr Städte selbstbewusst zu »Sanctuary Cities« oder »Solidarity Cities« erklärt. Was steht hinter diesem Trend? Sind bald alle Städte »Solidarische Städte«, Herr Bauder?

Harald Bauder: Städte sind weltweit die zentralen Orte, wo die Integration von Zugewanderten stattfindet, der Schutz von Flüchtlingen praktiziert wird und sich Neuankommende in das soziale Gefüge der Gesellschaft eingliedern. Es sind die Orte, an denen viele Migrant:innen und Flüchtende am wirtschaftlichen und sozialen Leben teilnehmen und ein Zugehörigkeitsgefühl entwickeln.

Im Rahmen des »Westfälischen Systems« beanspruchen in der Regel jedoch Nationalstaaten – nicht Städte – die Hoheit über die Auswahl und Aufnahme von Migrant:innen und Flüchtenden durch eine entsprechende Visa-, Einwanderungs-, Flüchtlings- und Staatsbürgerschaftspolitik. Die Solidarischen Städte fordern dagegen ein Mitspracherecht. Sie vertreten eine eigene Migrations- und Flüchtlingspolitik, die ihren eigenen Interessen und nicht unbedingt denen des Nationalstaates entspricht.

Diese Spannung resultiert aus unterschiedlichen Zugehörigkeitslogiken. Die Zugehörigkeit zur nationalen Gesellschaft unterscheidet sich von derjenigen der städtischen Gemeinschaft. Der Politikwissenschaftler und Historiker Benedict Anderson beschrieb bereits in den 1980er Jahren, wie nationale Identität und Zu-

gehörigkeit durch nationale Mythen, Sprache und das Bildungssystem politisch konstruiert werden.¹ Diese »Erfindung der Nation« bezieht Menschen ein, die diese Identität teilen; aber sie grenzt eben auch Menschen aus, die der nationalen Vorstellung nicht entsprechen. Friedrich Merz' unglückliche Stadtbild-Bemerkung im Oktober 2025 veranschaulicht diese Ambivalenz.

Die städtische Gemeinschaft definiert sich hingegen durch konkrete soziale Beziehungen. Es gehören die Menschen dazu, die in der Stadt leben, die gemeinsam mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit pendeln, deren Kinder dieselbe Schule besuchen und die sich als Nachbarn kennen. Diese andere Logik der Zugehörigkeit veranlasst Städte, sich solidarisch auch mit denjenigen ihrer Bewohner:innen zu erklären und verhalten, die der Nationalstaat am liebsten gar nicht haben oder nur vorübergehend dulden möchte.

Das bedeutet aber nicht, dass sich alle Städte zu Solidarischen Städten erklären. Es gibt viele verschiedene Interessen innerhalb einer Stadtgemeinschaft. Oft überwiegt auch in der Stadt die Identifikation mit der Nation; in solchen Städten werden Migrant:innen und Schutzbedürftige entsprechend ausgegrenzt. Diesen Trend, der den städtischen Solidaritätserklärungen entgegenläuft, kann man in vielen Städten in den USA sowie in Südafrika beobachten.

Andreas Pott: *Sie leiten seit 2021 das weltweit größte Forschungsnetzwerk zu Zuflucht und Solidarität in Städten, das Soli*City-Projekt. Welche neuen Ansätze verfolgen Sie mit diesem Vorhaben?*

Harald Bauder: Kommunen und städtische Zivilgesellschaft schultern viele der Aufgaben und Kosten im Zusammenhang mit der Aufnahme und Integration von Zugewanderten und Flüchtenden. Zudem schützen und integrieren viele Städte Einwohner:innen, denen Nationalstaaten einen Rechts- oder Aufenthaltsstatus verweigern. In Kanada und den USA heißen solche Städte »Sanctuary Cities«; in anderen Ländern werden sie Solidaritätsstädte, Städte der Zuflucht, Aufnahmegemeinschaften oder Willkommensstädte genannt.

Obwohl städtische Initiativen in verschiedenen Teilen der Welt zu beobachten sind, wurde in der Wissenschaft nie ein übergreifender konzeptioneller Ansatz entwickelt. Zudem gibt es kaum einen koordinierten kontinentübergreifenden Austausch über lokale Politiken und Praktiken. Wir verknüpfen deshalb die interdisziplinäre Wissenschaft mit der Praxis.

Unsere Netzwerk-Partnerschaft bringt mehrere Dutzend Kolleg:innen aus dem Globalen Norden und Süden zusammen, um innovative städtische Ansätze zur Inklusion und Teilhabe für Migrant:innen und Flüchtende zu erforschen. In den verschiedenen Weltregionen gibt es sehr unterschiedliche Initiativen, in denen

1 Anderson, Die Erfindung der Nation.

sich verschiedene nationale Politiken und rechtliche Rahmenbedingungen, regionale Migrationskontexte, geopolitische Konstellationen und lokale Gegebenheiten widerspiegeln.

Konkret verfolgt unsere Partnerschaft mehrere Ziele:

- 1) die Theoretisierung und Entwicklung eines praxisorientierten Verständnisses von Städten, die sich als sichere Orte identifizieren und Solidarität und Gastfreundschaft gegenüber schutzbedürftigen Migrant:innen und Flüchtenden praktizieren;
- 2) den Aufbau und die Verbesserung städtischer Kapazitäten zur Aufnahme schutzbedürftiger Migrant:innen und Flüchtenden durch internationale Zusammenarbeit, Vernetzung und Wissensaustausch zwischen Forschenden, Praktiker:innen und städtischen Entscheidungsträger:innen; und
- 3) die Entwicklung neuartiger kommunaler und gemeindebasierter Ansätze, um eine innovative und evidenzbasierte Politikgestaltung auf lokaler und kommunaler Ebene zur Aufnahme schutzbedürftiger Migrant:innen und Flüchtenden zu erleichtern.

In der ersten Projektphase haben wir eine wissenschaftliche Literaturrecherche zu unserem Thema in fünf Kontinenten durchgeführt. Gegenwärtig führt unser Team von Forschenden und lokalen Partnern Fallstudien in Nordamerika, Afrika, Europa und Lateinamerika durch. Die Ergebnisse dieser Studien werden eine sektorübergreifende Erarbeitung von praxis- und politikrelevantem Wissen ermöglichen. Darauf aufbauend wird unser internationales Forschungs-Praxis-Netzwerk städtische Entscheidungsträger dabei unterstützen, innovative Maßnahmen zur Integration von Migrant:innen und Flüchtenden zu entwickeln.

Andreas Pott: *Welche Ergebnisse haben Sie bisher am meisten überrascht?*

Harald Bauder: Wir waren von dem sehr ungleichen Umfang der einschlägigen Forschung im Globalen Norden und Süden überrascht. Wir hatten schon erwartet, dass es zu unserem Thema mehr empirische Studien und Literatur in Europa und Nordamerika als in Afrika, Asien und Lateinamerika gibt. Allerdings war uns nicht bewusst, wie groß der Unterschied tatsächlich ist. Entsprechend ist der Impact unseres Projekts im Globalen Süden um einiges größer. Wir haben außerdem bemerkt, dass die Theorieentwicklung zu »Urban Sanctuary« und »Solidarity« vorwiegend in Nordamerika und Europa stattfindet und ein enormes Potential besteht, diese Theoriearbeit durch postkoloniale Perspektiven des Globalen Südens voranzubringen.

Andreas Pott: *Die globale Vergleichsperspektive macht dieses Projekt besonders spannend. Natürlich sind einzelne Städte europa- und weltweit sehr unterschiedlich, auch die konkre-*

ten lokalen Bedingungen und Möglichkeiten der Aufnahme, Solidarität und Partizipation variieren deutlich. Lassen sich mit Blick auf unterschiedliche Weltregionen dennoch Muster städtischer Solidaritätspraktiken erkennen?

Harald Bauder: Während sich Zufluchtsstädte in Kanada und den USA auf die Unterbringung von Einwohner:innen ohne Aufenthaltsstatus konzentrieren, haben deutsche Kommunen diesbezüglich aufgrund der Einwohnermeldepflicht kaum Spielraum. Seit einigen Jahren bauen europäische Netzwerke für städtische Solidarität »Seebrücken« zwischen Häfen und Lagern im Mittelmehrraum und Städten in Deutschland auf, um Migrant:innen und Flüchtenden, die auf See gerettet wurden und in Lagern untergebracht sind, Zuflucht zu bieten. Interessant ist daran, dass städtische Initiativen nicht mehr auf das Gebiet der Kommune beschränkt sind, sondern unterschiedliche Orte – zum Beispiel Kommunen in Deutschland und Lager in Südeuropa – solidarisch miteinander in Verbindung bringen.

In Lateinamerika ist die Situation erneut anders gelagert. Hier unterstützen zum Beispiel auch die Vereinten Nationen mit einem eigenen Programm, dem »Ciudades Solidarias«, Kommunen wie Recoleta in der Metropolregion Santiago de Chile bei der Aufnahme marginalisierter Migrant:innen. Deutsche solidarische Städte erhalten von der supra-nationalen Ebene – etwa der Europäischen Union – nur wenig Unterstützung.

Auch in Afrika gibt es eine städtische Infrastruktur zur Unterstützung von Migrant:innen und zum Schutz von Flüchtenden, obwohl sich die geopolitischen Umstände und städtischen Kapazitäten grundlegend von denen in Nordamerika, Europa und Lateinamerika unterscheiden. Politik und Verwaltung der Kommunen beteiligen sich allerdings kaum an dieser Infrastruktur; sie ist vorwiegend durch informelle Netzwerke, Glaubensgemeinschaften und zivilgesellschaftliche Initiativen geprägt.

Trotz dieser teilweise deutlichen nationalen und regionalen Unterschiede teilen die Initiativen eine Gemeinsamkeit: Sie sind alle auf städtischer Ebene entstanden.

Andreas Pott: *Was können Städte und städtische Initiativen der Unterstützung von Migrant:innen und Geflüchteten voneinander lernen? Wie können sie sich gegenseitig stärken und welche Rolle spielen Städtenetzwerke dabei?*

Harald Bauder: Das ist eine sehr wichtige Frage, die für Soli*City zentral ist. Eine definitive Antwort haben wir allerdings noch nicht. Auf unserem Projektgipfel im südafrikanischen Kapstadt im März 2026 haben wir den transkontinentalen Austausch intensiviert und genauer diskutiert, wie innovative lokale und kommunale Politik in Zukunft gestaltet werden können. Wir arbeiten dabei in den kommenden Jahren nicht nur eng mit unseren lokalen Partnern weltweit zusammen, sondern auch mit

der International Organization for Migration (IOM) und bestehenden Städtenetzwerken.

Andreas Pott: *Welche Bedeutung haben eigentlich die Veränderungen seit Beginn der zweiten Amtszeit des US-Präsidenten Donald Trump für die Solidarität mit Geflüchteten in US-amerikanischen Städten – und wie reagiert Ihr Projekt darauf?*

Harald Bauder: Die Wahl Donald Trumps für eine zweiten Amtszeit hat die politische Lage in den USA und international sehr verändert. Schon vor seinem Amtsantritt im Januar 2025 wussten wir, dass Zuwanderer in amerikanischen Städten ein wichtiges Ziel seiner Politik sein werden. Ein Teil der Soli*City-Mitglieder hat deshalb einen regelmäßigen Online-Roundtable organisiert, um mögliche Maßnahmen zu diskutieren und Informationen zwischen Städten und Wissenschaftler:innen, Aktivist:innen und Interessengruppen auszutauschen.

Diese Roundtables waren sehr wichtig, um Solidarität aufzubauen und unsere Kolleg:innen in den USA zu unterstützen. Zugleich wurde uns erst durch diese Diskussionen und die lokalen Erfahrungsberichte richtig bewusst, wie groß die Gefahr von Vergeltungsmaßnahmen der Trump-Administration gegen Individuen und Kommunalverwaltungen tatsächlich ist und wie die Angst vor diesen Maßnahmen das Verhalten von betroffenen Migranten sowie von Unterstützern und Kommunalverwaltungen beeinflussen kann.

Donald Trumps Einfluss beschränkt sich nicht nur auf die USA. Auch unsere Projektpartner in Afrika sind von den Budgetkürzungen von USAID betroffen. Ein großangelegter Widerstand gegen Trumps Politik ist bisher leider noch nicht auszumachen.

Andreas Pott: *Herr Bauder, in der politischen Debatte in Deutschland ist in den letzten Jahren viel von »irregulärer Migration« und der Überforderung von Städten und ihren Bevölkerungen die Rede. Ist dies primär ein deutsches Phänomen? Und was bedeutet die zunehmende Infragestellung von politischem Asyl für Ihren Forschungsgegenstand?*

Harald Bauder: Diese Debatte ist keineswegs auf Deutschland beschränkt. In anderen Ländern, von den USA bis Südafrika, ist der Ton teilweise sogar noch aggressiver und es wird oft von »illegalen« Migrant:innen geredet. Neben den Grenzen stehen dabei insbesondere Städte im Mittelpunkt einer nationalen Politik, die sich gegen Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus richtet.

Wir beobachten in diesem Zusammenhang in verschiedenen Städten einen Rückgang solidarischer Praktiken und Politiken, nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen nationalen Kontexten. Wir führen diesen Rückgang einerseits auf eine veränderte politische Stimmung zurück. Das Infragestellen von politischem Asyl ist ein Symptom dieses Stimmungswechsels, die geringer werdende Solidarität

mit Migrant:innen und Flüchtenden auch. Andererseits wird der Handlungsspielraum lokaler Akteure durch nationale Politik einengt oder sie werden – wie das in derzeit in den USA zu beobachten ist – durch Vergeltungsdrohungen eingeschüchtert. Die gegenwärtigen Veränderungen stimmen für die Zukunft leider nicht optimistisch. Umso wichtiger ist die Stärkung und Vernetzung der Akteure, die sich weltweit in Städten für die Solidarität mit Geflüchteten und Migrant:innen einsetzen.

Andreas Pott: *Lieber Herr Bauder, herzlichen Dank für dieses Gespräch!*

Literatur

- Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts, Frankfurt a.M. 1988.
- Bauder, Harald/Setrana, Mary Boatemaa (Hg.): Urban Migrant Inclusion and Refugee Protection, Bd. 1: Frontiers of Sanctuary, Solidarity, and Hospitality (IMISCOE Research Series), Cham 2025, <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-031-95147-3>.
- Bauder, Harald/Setrana, Mary Boatemaa (Hg.): Urban Migrant Inclusion and Refugee Protection, Bd. 2: Global Perspectives of Sanctuary, Solidarity, and Hospitality (IMISCOE Research Series), Cham 2025, <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-031-95151-0>.